Stuttgart | 15. September 2023

DIE KONSERVATIVE KRAFT IM SÜDWESTEN

STARKE POSITIONEN FÜR EIN STARKES LAND!

RESULTATE DER FRAKTIONSKLAUSUR

FRAKTION BW | AfD

AFD-FRAKTION IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

[Prolog]

NUR NOCH MIT UNS:
BADEN-WÜRTTEMBERG
AUF KURS BRINGEN!

STARKE POSITIONEN FÜR EIN STARKES LAND!

Unter diesem Motto stand die Herbstklausur der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, die sie gemeinsam mit der Landesgruppe der MdB sowie externen Fachreferenten und Experten abhielt. Drei Tage lang wurden gemeinsam drängende Themen identifiziert, diskutiert und strategische Positionen entwickelt.

Immer mehr Bürger erkennen, dass Kretschmanns Regierung unser Land in den Ruin treibt. Der auch in Baden-Württemberg auf Rekordhoch angekommene Zuspruch für unsere Programmatik gibt uns Recht: Schluss mit der grünschwarzen Vernichtung von Wohlstand und Zukunft unseres Bundeslands! Immer mehr Bürger wollen, dass wir als AfD in Regierungsverantwortung gelangen, um diese verhängnisvollen Kurs endlich zu beenden. Regieren: Nur noch mit uns!

Das Gebot der Stunde lautet: Probleme erkennen, Lösungen erarbeiten, Politik umsetzen. Die Zeit langatmiger Debatten ist vorbei. Daher liefert die Fraktion vier Lösungen für ein starkes Baden-Württemberg, die auch den vier Klausurschwerpunkten entsprechen.

UNSERE SCHWERPUNKT-THEMEN

01

Themenkomplex 01

INNERE SICHERHEIT – FÜR EIN SICHERES BADEN-WÜRTTEMBERG

Nicht zuletzt die Vorgänge in Wiesloch zeigen: Die innere Sicherheit hat seit 2015 die höchste Priorität für unser Bundesland. Unsere Fraktion hat sich auf eine umfassende Sicherheitsstrategie verständigt, welche die Bekämpfung von Kriminalität, die Stärkung der Polizei und die Förderung von Prävention umfasst.

02

Themenkomplex 02

WOHNEN UND BEZAHLBARES EIGENHEIM

Eine nachhaltige Wohnungspolitik muss die Verfügbarkeit eines bezahlbaren Eigenheims für alle Bürger sichern. Unsere Fraktion hat daher Lösungen zur Reduzierung von Mietpreisen und zur Unterstützung beim Erwerb von Eigenheimen entwickelt.

03

Themenkomplex 03

STANDORTSICHERUNG – DE-INDUSTRIALISIERUNG STOPPEN – SOFORT!

Immer mehr Bürger erleben, dass ohne funktionierende Wirtschaft und florierenden Arbeitsmarkt die Lebensqualität in Baden-Württemberg sinkt. Daher hat die Fraktion Maßnahmen zur Standortsicherung einschließlich der Förderung von Unternehmertum, Innovation und Fachkräfteentwicklung erarbeitet.

04

Themenkomplex 04

WALD BEWAHREN, FLÄCHE SPAREN

Der Erhalt der Umwelt und die Reduzierung des Flächenverbrauchs sind zentrale Anliegen unserer Politik. Daher hat die Fraktion Strategien zur Begrenzung des Flächenfraßes und zur Förderung von nachhaltiger Stadtentwicklung und Landnutzung beschlossen.

01

Themenkomplex 01

INNERE SICHERHEIT – FÜR EIN SICHERES BADEN-WÜRTTEMBERG

DAS PROBLEM

Baden-Württemberg ist längst kein sicheres Land mehr: Das steht nicht erst seit den Messermorden von **Illerkirchberg und Wiesloch** fest, beide, wie so viele andere auch, begangen von Asylbewerbern. Auch die vielen Vorfälle von sexueller Belästigung und Massenschlägereien, die Clan- und Messerkriminalität, und erst recht die vorwiegend von jugendlichen Migranten ausgehenden Unruhen, die viele Freibäder fast zu „No-go-Areas" gemacht haben, zeigen dies deutlich: seit der unkontrollierten Einwanderung ab 2015 verändert sich die Sicherheitslage in unserem Land **massiv zum Schlechten**.

Dennoch bleibt das Innenministerium **tatenlos**. Es schließt die Augen vor der importierten Kriminalität, die verschwiegen, geleugnet oder relativiert wird. Jüngstes Indiz ist das Verschwinden der Kategorie „Asylbewerber/Flüchtling" aus dem aktuellen Sicherheitsbericht – die bis 2021 noch aufgenommen war. Stattdessen zelebriert der Innenminister öffentlichkeitswirksame Polizeirazzien gegen angebliche Umstürzler. Dies dient dem linken Narrativ, wonach die größte Gefahr von „rechts" ausgeht. Die größte Gefahr stellt allerdings die erschreckende Erosion der inneren Sicherheit dar, die mit der anhaltenden, unbegrenzten Masseneinwanderung einhergeht – wie wenn es nicht schon **„genügend" deutsche** Straftäter gäbe. Zu alledem fehlt der Polizei zur Bekämpfung insbesondere der importierten Kriminalität oftmals **politische Rückendeckung** für ihre schwere Arbeit.

Für die AfD-Fraktion steht die Sicherheit der Bürger Baden-Württembergs stets an erster Stelle. Sicherheit ist die Grundlage für ein gutes, friedliches Zusammenleben – damit es nicht zu Zuständen wie Anfang Juli 2023 in Frankreich kommt. Daher hat die AfD-Fraktion ein 10-Punkte-Programm entwickelt, das die Sicherheit hierzulande endlich wiederherstellen soll.

DIE POSITION

Baden-Württemberg ist mit einer wachsenden Bedrohungslage konfrontiert. Dies erfordert eine klare und unerbittliche Antwort, um die Sicherheit unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Eine verstärkte Landespolizei ist dabei von entscheidender Bedeutung. Dies schließt eine erhebliche Aufstockung des Personals, eine Modernisierung der Ausrüstung und Technologie sowie eine erhöhte Präsenz auf den Straßen ein. Nur so können wir effektiv gegen Kriminalität und Bedrohungen vorgehen.

Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg steht für eine entschlossene Politik und harte Linie zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Bundesland. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen und Gefahren für die Sicherheit unserer Bürger setzen wir uns für eine umfassende Sicherheitsagenda ein und haben ein 10-Punkte-Programm entwickelt, das die Sicherheit hierzulande endlich wiederherstellen soll.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit einer rigorosen Durchsetzung bestehender Gesetze zur Abschiebung ausländischer Straftäter. Personen, die schwere Straftaten in unserem Land begehen, haben ihr Recht auf Aufenthalt vollends verwirkt. Eine beschleunigte Abwicklung von Abschiebungsverfahren versteht sich dahingehend von selbst. Dies dient nicht nur der Sicherheit, sondern auch der Rechtsstaatlichkeit.

Um die illegale Einwanderung zu bekämpfen und die Sicherheit in Baden-Württemberg zu gewährleisten, sind verstärkte Grenzkontrollen unerlässlich. Wir fordern eine verstärkte Präsenz der Bundespolizei und eine effiziente Zusammenarbeit mit derselben und den Nachbarländern, insbesondere der Schweiz, um die Grenzen zu schützen.

Die illegale Migration über die Grenze zur Schweiz gilt mitunter als eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit in Baden-Württemberg. Wir setzen uns für eine konsequente Bekämpfung dieses Problems ein, einschließlich verstärkter Überwachung, verschärfter Strafen für Schleuser und einer effizienten Zusammenarbeit mit der Schweiz zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte.

01

INNERE SICHERHEIT

10 PUNKTE PLAN

DIE LÖSUNG

1. Grenzpolizeiliche Maßnahmen auch mit eigenen Kräften wahrnehmen, um illegale Einwanderung zu stoppen.
2. Die Zahl gescheiterter Abschiebungen mit dem Ziel senken, die Quote erfolgreicher Abschiebe-Versuche von gegenwärtig etwa einem Drittel auf mindestens 75 % zu steigern.
3. Jede Ausländerbehörde der 44 Stadt- und Landkreise mit einem „Sonderstab gefährliche Ausländer" nach dem Vorbild der Regierungspräsidien ausstatten.
4. Migrationshintergrund/Mehrstaatlichkeit von Tatverdächtigen in der Kriminalitätsstatistik als Kategorie verpflichtend einführen und den Sicherheitsbericht Baden-Württemberg wieder um die Kategorie „Asylbewerber/Flüchtling" ergänzen.
5. Bekämpfung insbesondere der ausländischen Intensivstraftäterszene durch schnellere Verfahren, härtere Strafen, Erweiterung von Präventivgewahrsam und Abschiebehaft forcieren.
6. Polizei stärken – durch politische Rückendeckung für ihre Aufgaben.
7. Motivation der Polizeibeamten durch Einführung der zweigeteilten Laufbahn sowie Erhöhung der Zulage für den lageorientierten Dienst auf 6,- €/h stärken.
8. Die Personal- und Sachausstattung der Polizei in Baden-Württemberg so aufstocken, dass unser Bundesland nicht mehr das Schlusslicht der Polizeidichte in Deutschland bildet.
9. Die Einführung sogenannter „Taser" landesweit nach dem erfolgreichen Vorbild mehrerer Bundesländer umgehend auf den Weg bringen.
10. Eine Identifizierung von Kriminalitätsschwerpunkten im öffentlichen Raum aller Kommunen vornehmen und die Sicherheit für die Bürger schnellstmöglich wiederherstellen.

02

Themenkomplex 02

WOHNEN UND BEZAHLBARES EIGENHEIM

DAS PROBLEM

Die Wohnungskrise in Baden-Württemberg ist zu einer der dringlichsten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit geworden. Die Stagnation auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich in verheerendem Maße auf die Bürger jedweden Alters und sozialen Hintergrunds aus.

Baden-Württemberg gilt zwar noch als eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Bundesländer Deutschlands, doch die steigende Bevölkerungszahl und die unkontrollierte Massenmigration haben zu einer übergroßen Nachfrage nach Wohnraum geführt, die das Angebot maßlos übersteigt. Ein Anstieg der Immobilienpreise war die Folge, sodass eine Vielzahl von jungen Familien Schwierigkeiten haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden oder ein Eigenheim zu erwerben.

Bauprojekte sind oft mit umfangreichen Genehmigungsverfahren und bürokratischen Hindernissen verbunden, die den Wohnungsbau zusätzlich verlangsamen und verteuern. In vielen Teilen des Landes mangelt es zudem an geeigneten Baugrundstücken, was die Entwicklung von Wohnraum behindert. Die Kosten für Bauarbeiten, Materialien und Arbeitskräfte sind in den letzten Jahren exponentiell gestiegen, was sich ebenso auf die Preise für Immobilien nachteilig auswirkt.

DIE POSITION

Die Stagnation auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg erfordert eine umfassende und koordinierte Herangehensweise, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern. Die Bereitstellung von bezahlbarem Eigenheim spielt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung dieser Herausforderung und sollte im Mittelpunkt politischer Maßnahmen stehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Bauindustrie und Gemeinden ist notwendig, um langfristige Lösungen für die Wohnungskrise in Baden-Württemberg zu finden und die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Baden-Württemberg muss wieder das Land der Häuslebauer werden. Die selbstbewohnte Immobilie ist ein entscheidender Faktor für Lebensqualität und finanzielle Sicherheit - Wohneigentum stärkt die Identifikation mit dem Wohnort sowie die Verbundenheit mit dem Wohnumfeld in unserem Bundesland. Auf diese Weise trägt Wohneigentum auch zu stabilen Bewohnerstrukturen bei. Der Bau von Eigenheimen schafft Arbeitsplätze, belebt die lokale Wirtschaft und fördert auch das Handwerk und die Baubranche.

Der Zugang zu bezahlbarem Eigenheim kann die soziale Ungleichheit reduzieren und die Bildung von Vermögen erleichtern. Dies ist besonders wichtig für junge Familien und die Mittelschicht.

Die Vereinfachung und Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren kann und wird den Wohnungsbau ankurbeln. Die Identifizierung und Bereitstellung von geeigneten Baugrundstücken ist entscheidend, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.

02

BAUEN & WOHNEN

8 PUNKTE PLAN

DIE LÖSUNG

1. Eigenheimzulage von 20.000 Euro gewähren.
2. Grunderwerbssteuer für selbstgenutzte Immobilien abschaffen.
3. Zinsaufwendungen der selbst genutzten Immobilie als Vorsorgeaufwendung steuerlich geltend machen.
4. Günstigeres Bauen durch die Entschlackung der Landesbauordnung ermöglichen.
5. Grundsteuer abschaffen statt sie zu reformieren.
6. Eigentümer und Mieter vor Heizungshammer schützen – Wärmewende beenden.
7. Bautradition statt Bürokratie hochhalten: Baudenkmäler vor Regelungswut schützen.
8. Unkontrollierte Massenmigration beenden, um überhitzten Wohnungsmarkt zu entlasten.

03

Themenkomplex 03

STANDORTSICHERUNG – DE-INDUSTRIALISIERUNG STOPPEN – SOFORT!

DAS PROBLEM

Nach einer aktuellen Umfrage der deutschen Industrie- und Handelskammer nimmt der Anteil an Unternehmen, die mit Produktionsverlagerungen ins Ausland liebäugeln, auf dramatische Weise zu: Fast ein Drittel der Industriefirmen realisiert oder plant eine Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland, mindestens aber Produktionseinschränkungen im Inland. Am stärksten verbreitet sind Abwanderungspläne bei Industrieunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, bei denen diese Quote 43% beträgt.

Die Sorgen um die eigene Wettbewerbsfähigkeit haben damit einen neuen Höhepunkt erreicht. Hauptursachen für diese Entwicklung sind die gescheiterte Energiewende und eine Politik, die mit einem Übermaß an Bürokratie und Regulierung den Wirtschaftsstandort Deutschland in seiner grundsätzlichen Existenz gefährdet.

DIE POSITION

Wir müssen Baden-Württemberg aus der Rezession holen und die De-Industrialisierung unseres Bundeslands mit allen Kräften zum Erliegen bringen. Indem wir das Angebot an Energie ausbauen, sorgen wir für niedrige Preise und mehr Versorgungssicherheit. Das restlose Streichen der CO2-Bepreisung und das Senken der Energiepreise sind dabei unabdingbar. Die sogenannte „Energiewende" muss als gescheitert anerkannt und komplett beendet werden. Wir müssen neuen Technologien in der Kernkraft gegenüber offen sein und die horrenden Subventionen für vermeintlich „erneuerbare" Energien abschaffen. Der Rückbau von Neckarwestheim II ist unverzüglich zu stoppen – der Weiterbetrieb des Kernkraftwerks ist in Landesverantwortung so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Landesausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik müssen ebenfalls drastisch gesenkt werden. Stattdessen muss in die Infrastruktur des Landes investiert werden. Gleichwohl gilt es, die Schuldenbremse des Landes einzuhalten.

Ebenso ist die unsägliche Verkehrswende zu beenden. Es kann und darf nicht sein, dass Regierungen sich anmaßen, die Bevölkerung umzuerziehen und deren Freiheit in der Wahl des Transportmittels einzuschränken. Die wichtigste Industrie in Baden-Württemberg ist die Automobil-Industrie – anstatt diese zu gängeln, muss die Politik diese fördern und unterstützen.

03

STANDORTSICHERUNG

9 PUNKTE PLAN

DIE LÖSUNG

1. Rechtssicherheit unumgänglich und konsequent gewähren.
2. Energiesicherheit schaffen statt Energie-Transformation vorantreiben.
3. Konsequenten Bürokratieabbau betreiben.
4. Arbeit wertschätzen: Lohnabstandsgebot zur Erwerblosigkeit wahren.
5. Betriebliche Ausbildung stärken.
6. Wirtschaft durch unmittelbare Steuererleichterungen ankurbeln.
7. Innovationen fördern und nicht Ideologien.
8. Unsere Währung stabilisieren und Inflation bekämpfen.
9. Leistungsprinzip im Bildungswesen anwenden.

04

Themenkomplex 04

WALD BEWAHREN, FLÄCHE SPAREN

DAS PROBLEM

Nutzbare Böden in Baden-Württemberg sind eine entscheidende Ressource für die Nahrungsmittelproduktion und die Wirtschaft, kurz gesagt: eine wertvolle Ressource, die durch die Verbauung von Flächen gefährdet wird. Maßnahmen zum Schutz der landwirtschaftlichen Böden und zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft sind entscheidend, um die Versorgung mit regionalen Produkten zu gewährleisten.

Wälder wiederum sind nicht nur eine wichtige Quelle für Holz, sondern auch eine unersetzliche grüne Lunge, die saubere Luft und Lebensraum für die Tierwelt bietet. Die zunehmende Flächeninanspruchnahme gefährdet den Wald und führt zu Fragmentierung, was die Artenvielfalt beeinträchtigt und ökologische Ungleichgewichte schafft.

DIE POSITION

Die Bewahrung der Heimat, der nutzbaren Böden und des Waldes erfordert den Schutz landwirtschaftlicher Böden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Maßnahmen zu unterstützen und gemeinsam daran zu arbeiten, die Zerstörung unserer natürlichen Umgebung zu verhindern und unsere Heimat für die kommende und ganz sicher nicht die letzte Generation zu bewahren.

04

WALD & FLÄCHEN

3 PUNKTE PLAN

DIE LÖSUNG

1. Schutz landwirtschaftlicher Böden.
2. Erhaltung des Waldes: Neue Auflage für Waldumwandlungsmaßnahmen, sprich: Änderung im Landeswaldgesetz.
3. Verankerung im Klimagesetz Baden-Württemberg: Schutz des Waldes, der Moore und der landwirtschaftlichen Flächen durch entsprechende Änderung des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes.

FÜR EIN STARKES
BADEN-WÜRTTEMBERG

AfD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de